



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 05. Mai 2015
Stadtingendring, Murnastraße 2, 65189 Wiesbaden

Vorsitz :

Michaela Apel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 10/15, 13/15

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0025 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0026 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 17.03.2015 wird genehmigt.

Einstimmig

0027 15-F-08-0009

Landesförderung für Stadtjugendring läuft aus
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 28.01.2015-

Herr Hendrik Hartemann und Herr Michael Weinand sind während der Ausschusssitzung anwesend und stellen die Arbeit des Stadtjugendringes und ihre Aufgaben und Ziele vor.

Herr Muth von der Kreativfabrik begrüßt die Anwesenden in den Räumen der Kreativfabrik, die vom Stadtjugendring genutzt werden.

Es wird folgendes berichtet:

Ursprünglich waren Migranten im Stadtjugendring (SJR) nicht repräsentiert, denn Integration ist nicht unbedingt die erste Aufgabe des SJR, wohl aber ist der SJR ein Netzwerk für alle Jugendlichen. So wurden zunächst Informationen gesammelt (z. B. Wie machen es andere Verbände?) Die Mitarbeiter wurden entsprechend weitergebildet.

Es wurden Vorträge gemacht, es hat eine interreligiöse Rundreise stattgefunden. Ziel dabei war, einen Dialog in Gang zu setzen. Man habe mit der Murnaustiftung zusammengearbeitet (Film: Welcome in Alemania).

Sehr viel habe man in die Ausbildung von Jugendleitern investiert (zentrales Element), habe dazu 25.000 € vom Land erhalten, aber auch Drittmittel über Ortsbeiräte, Tronc usw.. Es wurden 47 Jugendleiter ausgebildet, 40 davon aus dem Migrantenbereich. Es besteht auch nach der Ausbildung Kontakt; es wird z. B. nachgefragt, wo man Mittel beantragen kann.

Es habe eine ausschließlich muslimische Gruppe von Jugendlichen gegeben, die dann aber sofort nach den deutschen Teilnehmern gefragt hätten Man bemühe sich daher, möglichst gemischte Gruppen zusammenzustellen. Dabei seien Beziehungen Gold wert.

Oft fehle es in den Jugendorganisationen noch an Strukturen; bei den Moscheevereinen stecke der Strukturaufbau noch in den Kinderschuhen.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Jugendlichen hätten klare Forderungen und wollen in der Regel sehr viel umsetzen, aber über Jahrzehnte gewachsene Strukturen gibt es nicht.

Jugendliche suchen grundsätzlich nach Unterstützung, gerade bei Konflikten mit Erwachsenen.

Seit 7 Jahren arbeite man z. B. daran, dass die Sportvereine einen Jugendvorstand bekommen, der dann Mitglied im SJR werden könnte.

Besonders stolz sei man darauf, ein Netzwerk für Jugendliche zu schaffen und übergreifende Aktionen zu starten. Dazu zählt besonders „Wir sind Obst“ und „Wie bunt bist du“.

In den Projekten wurden anfangs Diskussionen darüber geführt, was Diskriminierung ist. Die Jugendlichen gingen zunächst davon aus, dass es bei ihnen keine Diskriminierung gibt - hier wurde aber ein wichtiger Prozess angestoßen.

Leider können diese Projekte nicht mehr weitergeführt werden, da der Mitarbeiter, der das Netzwerk betreut hat, ausgeschieden ist und wegen fehlender Mittel nicht mehr ersetzt werden kann.

Ein weiteres wichtiges Signal geht von der Ansiedlung der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der muslimischen Pfadfinder/innen aus. Diese Geschäftsstelle ist in Wiesbaden eingerichtet worden, weil persönliche Beziehungen zum SJR bestehen. Für die Stiftung Jugendmarke wurde für die nächsten 2 Jahre ein hauptamtlicher Mitarbeiter eingestellt, der in Wiesbaden arbeiten wird. Von solchen Dingen geht eine enorme Strahlkraft aus.

Vors. Apel ist aufgefallen, dass aus der Satzung des SJR herausgefallen ist, dass der Verein, der aufgenommen wird, mindestens 1 Jahr bestehen muss. Sie möchte wissen, ob dadurch nicht Gelder abgegriffen werden und der SJR übergroßen Zulauf bekomme.

Zuschüsse sind lt. Herrn Weinand an die Maßnahmen und nicht an die Mitgliedschaft gebunden. Es gäbe keine spontanen Vereinigungen, die den SJR „überrennen“ würden.

Stv. Schickel geht davon aus, dass Newcomer kein Interesse daran haben, eine Organisationsstruktur zu erarbeiten. Sie wollen etwas bewegen. Er fragt nach, ob es nicht besser wäre, zunächst etwas zu tun und danach die Struktur aufzubauen.

Herr Weinand berichtet, dass man durchaus ohne Mitglied im SJR zu sein, mit dem SJR zusammenarbeiten kann. In der Regel geschehe dies über 3 Jahre. Wenn dann der Wunsch kommt, Mitglied im SJR zu werden, muss man dies verschriftlichen. Dies ist aber nicht der 1. Schritt. Dabei kann eine Jugendordnung herauskommen, aber zumindest müssen Werte wie Antidiskriminierung usw. festgeschrieben werden.

Auf Nachfrage von Vors. Apel ist es durchaus möglich, reine Mädchen- oder Jungenorganisationen im SJR abzubilden, da es gute Gründe für diese geschlechterspezifische Festlegung geben kann.

Gibt es bei Migrantenvereinen auch Interesse, mitzuarbeiten und speziell für Jugendliche Strukturen zu erarbeiten fragt Stv. Karipidou. Sie kann aus eigener Erfahrung sagen, dass griechische Vereine Jugendorganisationen haben, aber die Vorstände usw. wechseln häufig. Vielleicht kann man da einen wiederkehrenden Prozess anstoßen und die Verbindungen zu den Vereinen aufrechterhalten.

Lt. Herrn Weinand gibt es in der Regel bei den Moscheevereinen Organisationen für Erwachsene.

Herr Hartemann erklärt, dass es durch den Wegfall der anfangs beschriebenen Stelle nicht möglich sein wird, Netzwerke aufzubauen oder intensiv zu betreuen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Delbasteh wird einen Kontakt zu einer Gruppe von 400 Jugendlichen herstellen und zum nächsten Treffen den SJR einladen.

Einstimmig

Die nachfolgenden 3 Punkte werden gemeinsam beraten, getrennt abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt:

0028 15-F-08-0019

Briefwahl auch bei Ausländerbeiratswahlen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 18.03.2015 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und erklärt, dass der neu eingereichte gem. Antrag von CDU und SPD mitgetragen werde.

Einstimmig

0029 15-F-05-0007

Briefwahl auch bei Ausländerbeiratswahlen
Antrag der Stadtverordnetenfraktion der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 26. März 2015

Stv. Dumont begründet den Antrag und stellt klar, dass mittlerweile bekannt sei, dass eine vollständige Umstellung auf Briefwahl nicht möglich ist. Das zusätzliche Angebot einer Briefwahl würde durch den gem. Antrag von CDU und SPD ermöglicht.

Zu Ziffer 2 des FDP-Antrages liegen jetzt Erkenntnisse vor, dass die Wahlbeteiligung durch die Einführung der Briefwahl nicht erhöht wird.

Sie erklärt den Antrag durch Aussprache für erledigt.

Einstimmig

0030 15-F-33-0041

Briefwahl auch bei Ausländerbeiratswahlen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.05.2015 -

Stv. Dr. Wittkowski erklärt, dass die Koalition die Briefwahl ermöglichen will. Allerdings müsse die Finanzierung gesichert sein. Im Fachdezernat sind für die Wahl des Ausländerbeirates 80.000 € veranschlagt. Die Briefwahl muss aus vorhandenen Mitteln finanziert werden.

In der HGO ist geregelt, dass 1 Jahr vor der Kommunalwahl keine Änderung der Hauptsatzung vorgenommen werden soll. Es muss sich um eine wesentliche Änderung handeln. In der

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Kommentierung dazu geht man aber davon aus, dass es sich hierbei um keine wesentliche Änderung handelt, wenn keine höheren Kosten entstehen.

Frau Zsuzsana Dobos de Prada (Mitglied im Vorstand des Ausländerbeirates) geht es nicht primär darum, 3 Wähler mehr zu erreichen, sondern um Gleichberechtigung. Bei der heutigen Willkommenskultur sollte eine gleiche Behandlung möglich sein.

*Sie gibt (auch auf Nachfrage von Stv. Dr. Wittkowski) die **verbindliche Erklärung** ab, dass der Ausländerbeirat eigene Mittel/ein eigenes Budget habe und daraus das Budget für die Wahl ergänzen würde, falls die eingestellten 80.000 € nicht ausreichen sollten.
Sie gibt außerdem auf Nachfrage von Vors. Apel zu Protokoll, dass bei der Finanzierung der Briefwahl keine Mittel verwendet werden, die den Vereinen zustehen.*

Der gem. Antrag von CDU und SPD wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0031 15-F-03-0045

Prävention gegen Radikalisierung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2015 -

Stadträtin Scholz berichtet, dass die Plattform Extremismus gut aufgestellt und angenommen sei. Man lege ein Projekt auf und sei in Gesprächen. Sie erklärt, dass es nicht sinnvoll ist, alles parallel laufen zu lassen. Eine weitere Anlaufstelle sei nicht notwendig.

Stv. Seipel-Rotter ist es besonders wichtig, dass Prävention in Schule betrieben wird.

Stv. Dumont kritisiert, dass in Gefängnissen gespart werde.

Lt. Stadträtin Scholz sei soziales Lernen in Schulen ein ständiger Prozess, wobei man auch dort noch mehr tun könne.

Frau Altintop ist Lehrerin an der Kleist-Schule und berichtet, dass dort 30 % der Lehrer Migrationshintergrund haben. Man müsse den Kindern helfen und sie unterstützen und nicht warten, bis es zu spät ist.

Lt. Herrn Hartemann bekräftigt ebenfalls, dass man vorsorglich handeln müsse und nicht warte sollte, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. In der BRD gäbe es nur 2 Stellen, an die sich Familien wenden können, wenn sie das Gefühl haben, der Sohn/die Tochter radikalisiere sich. Man muss das Rad nicht neu erfinden, aber bestehende Netzwerke stärken. Er legt Wert darauf, dass keine Gruppe stigmatisiert wird.

Stadträtin Scholz ist es wichtig, die Eltern mitzunehmen und die berufsbildenden Schulen mit einzubeziehen.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Wittkowski teilt mit, dass man dem Änderungsantrag der FDP nicht folgen könne, da die JVA Sache des Landes seien. Außerdem sei ihm bekannt geworden, dass das Justizministerium Mitte Februar 2015 die Mittel für die muslimische Seelsorge in den JVA auf 110.000 € erhöht habe (mehr als verdoppelt). Dadurch sei sowohl die Ziffer 7 des Grundantrages als auch der Änderungsantrag der FDP erledigt.

Lt. Vors. Apel warnt davor, den Focus zu sehr auf Muslime zu lenken. Sie erlebe in den JVA durchaus Neid auf die Muslime, die einen eigenen Seelsorger haben.

Stv. Schickel weist noch einmal auf die Plattform Extremismus hin und möchte, dass diese ausgebaut und stabilisiert wird. Z. B. leiste Sport viel in Bezug auf Integration.

Stadträtin Scholz unterstützt dies und führt auch die Musik ins Feld, die ebenfalls sehr verbindet. Das staatliche Schulamt sei auch bei der Plattform vertreten. Sie wird diesen Aspekt dort mit einbringen. Allgemein müsse man sagen, dass Wiesbaden eine gute Integrationspolitik mache.

Herr Burgmeier weist darauf hin, dass es einen Präventionsrat gäbe, dessen geschäftsführende Stelle bei dem Ordnungsamt angesiedelt sei.

Stv. Dumont weist darauf hin, dass es oft Rückkehrer sind, die radikalisiert sind. Man müsse doch alles Erdenkliche tun. In ganz Hessen gäbe es nur 1 Imam für diesen Bereich.

Vors. Apel gibt zu bedenken, dass es immer Gruppen gibt (jetzt Muslime, früher Russen), wo man Sonderprogramme auflegen müsste.

Herr Julius Gomez weist darauf hin, dass das Thema auf Landesebene sehr ernst genommen wird. Es werden Imame speziell ausgebildet, aber das wird noch eine Weile dauern.

Der überwiesene Antrag einschließlich der Änderungsanträge von Bündnis90/Die Grünen und FDP wird wie folgt (endgültig - keine Rücküberweisung an die Stadtverordnetenversammlung) abgestimmt:

Ziffer 3-5 durch Aussprache erl.

Ziffer 6 gegen Grüne und FDP bei Enth. Linke&Piraten abgelehnt

Ziffer 7 (neu) gegen FDP bei Enth. Grüne und Linke&Piraten abgelehnt

Ziffer 7 + 8 (neu - FDP) gegen FDP bei Enth. Grüne und Linke&Piraten abgelehnt

0032 15-F-08-0026

Sachstand Sonderausschuss "Namen von öffentlichen Einrichtungen
- Antrag von Linke&Piraten vom 28.04.2015 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Lt. Stv. Dr. Wittkowski wäre der Sonderausschuss der richtige Ansprechpartner. Anlass sei ursprünglich eine mögliche Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Naurod gewesen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Scholz teilt mit, dass die Schulkonferenz der Rudolf-Dietz-Schule beschlossen habe, der Schule nach der Einweihung (nach Umgestaltung) einen neuen Namen geben zu wollen.

Stv. Wittkowski schlägt vor, den Sonderausschuss und den Ortsbeirat Naurod einzuladen.

Mit diesem Vorschlag ist der Antragsteller einverstanden, verweist aber darauf, dass seinerzeit eine Liste mit möglichen anderen umzubenennenden Gebäuden erstellt werden sollte und fragt nach dem Stand.

Lt. Stadträtin Scholz ist die Liste erstellt.

Es wird Folgendes beschlossen:

- 1. Der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ wird zeitnah zu einer Sitzung einberufen.*
- 2. Zu der Sitzung werden der Ortsbeirat Naurod und der Magistrat (Dezernat V) eingeladen.*
- 3. Der Magistrat (Dezernat V) wird gebeten, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration rechtzeitig vor der Sitzung die von dort erarbeitete Übersicht zu dem im März 2013 gefassten Beschluss Nr. 0026 des Ausschusses vorzulegen.*

Einstimmig

0033 15-V-12-0002

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Wiesbaden - Stand und Perspektiven

Der Bericht von Herrn Simon wird zur Kenntnis genommen. Er berichtet über den Stand des Projektes, wie es weitergehen soll (Ende Mai 5. Workshop), über das weitere Verfahren in der 2. Jahreshälfte usw. und geht davon aus, dass Ende Dezember die Abschlussveranstaltung stattfinden kann. Er formuliert Fragen und offene Punkte und wird diese dem Ausschuss schriftlich vorlegen.

Er bittet den Ausschuss darum, sich aktiv in die Diskussionen einzubringen. Bisher habe es kaum aktive Beteiligung seitens der Politik gegeben. Ein echter dialogischer Prozess sei es im Moment noch nicht. Man habe es mit hoher Komplexität zu tun, so dass die Wissensvermittlung richtig angegangen werden müsse. Bei parallel laufenden Prozessen ergäbe sich ein hoher Steuerungsaufwand. Es gäbe noch keine Koordinierung, keine Gesamtsteuerung, so dass es dadurch ein Risiko von Terminkollisionen gäbe. Besonderheiten von Wiesbaden seien nicht erkennbar. Bei den Veranstaltungen herrsche eine gute Atmosphäre, es würde sachlich diskutiert. Die Presseresonanz sei allerdings gemischt.

Stv. Seipel-Rotter berichtet, dass er sich anfänglich sehr auf das Projekt gefreut habe, sich aber jetzt wegen der ausführenden Firma eher bedeckt halte.

Vors. Apel weist darauf hin, dass die Sitzungen/Workshops zum Projekt leider mit den Fraktionssitzungen kollidieren.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Weck empfindet die Kritik in der Presse als seltsam. Ihm habe der letzte Workshop am besten gefallen. Über die aufgeworfenen Fragen müsse entschieden werden.

Herr Julius Gomez geht davon aus, dass Politiker viele Termine haben und nicht alles machen können. Ein Problem bei den Diskussionen sieht er darin, dass diese kontrovers laufen und nicht unbedingt alle Richtungen erfüllbar sind. Eigentlich müsse die Verwaltung vorher schauen, was machbar ist und gehen kann.

Auf den Einwurf von Stv. Gaedeke, dass es in Heidelberg anders gelaufen sei, berichtet Herr Simon, dass es dort keinen öffentlichen Prozess gegeben habe. Dadurch habe man sich selbst Fesseln angelegt.

Empirica sei in fachlicher und finanzieller Hinsicht der Favorit bei der Auswahl gewesen. Der Revisionsausschuss habe weitere Unterlagen zur Vergabe angefordert, die er diesem Ausschuss auch zur Verfügung stellen wird, soweit diese zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Zur Terminkollision berichtet er, dass der nächste Termin von Stadtverordnetenvorsteher Nickel diesen so gewünscht habe.

Stv. Weck geht davon aus, dass auch die Stadtverordneten nicht alle Unterlagen zur Vergabe an Empirica bekommen dürfen. Er empfindet die Arbeit des Unternehmens als nicht so schlecht. Die Presse ist in ihrer Berichterstattung frei.

Vors. Apel stellt in den Raum, dass vielleicht die Erwartungen an Empirica nicht klar formuliert waren. Das kann man dann anhand der Unterlagen zur Ausschreibung klären.

Einstimmig

0034 15-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II
(Mainz-Kostheim)

Einstimmig

0035 15-V-30-0002

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I
(Mainz-Kastel/Amöneburg)

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0036 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz berichtet darüber, dass

- die Anlaufstelle für qualifizierte Migranten/Migrantinnen erhalten bleibt, da dieses Projekt mit Mitteln aus EU, Bund und Land für die Zeit von 2015 bis 2018 unterstützt wird, in der Beratungsstelle 1,5 Mitarbeiter beschäftigt werden können und die Landeshauptstadt Wiesbaden sich über die Modellregion hinaus empfohlen hat,
- dass die Flüchtlingszahlen auch Auswirkungen auf die Ausländerbehörde haben. Auch dort müssen die zusätzlich nach Wiesbaden ziehenden Personen betreut werden. Frau Scholz bedankt sich ausdrücklich dafür, dass 4 Stellen für zusätzliches Personal genehmigt wurden.

Einstimmig

0037 Verschiedenes

Herr Weck erinnert daran, dass Zahlen zum letzten Integrationsbericht nachgeliefert werden sollten (Mutter mit Migrationshintergrund / ein Elternteil mit Migrationshintergrund). Frau Stadträtin Scholz wird dem Ausschuss die Zahlen zeitnah vorlegen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 27.05.2015

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba